

Krupp v. Bohlen und Halbach und Generaldirektor Bögler brachten zum Ausdruck, daß es der Wirtschaft gelungen ist, auch die Wintermonate hindurch die aufwärtsführende Linie aufrechtzuerhalten, und daß die Wirtschaft auch bei sachlichster Betrachtung der wirtschaftlichen Vorgänge heute beim Beginn der Frühjahrskampagne mit größter Zuversicht in die Zukunft sehe. Die deutschen Wirtschaftsführer würden auch im Jahre 1934, dem Willen der Regierung entsprechend, sich mit aller Kraft für die weitere Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und für die Wiedereinschaltung neuer Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß einsetzen. Ministerpräsident Göring hielt wenige Tage später eine erweiterte Chefbesprechung ab, die als vordringlichstes Problem die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Berlin zum Ziele hatte, und an der neben Vertretern des Reichsarbeitsministeriums die in dieser Frage in erster Linie zuständigen preußischen Staatsminister Dr. Schmitt und Prof. Popitz teilnahmen. Der Ministerpräsident führte aus, daß es notwendig sei, der Stadt Berlin die notwendigen Erleichterungen zur Verminderung der hier besonders starken Arbeitslosigkeit zu schaffen; vor allem deswegen, weil Berlin einmal vom Ausland als das Spiegelbild der Wirtschaft des Deutschen Reiches angesehen werde, zum anderen aber auch, weil die Hauptstadt wegen der besonders gelagerten Verhältnisse und des fortwährenden Zuzuges vom Lande ein besonders gefährdeter Brennpunkt der Arbeitslosigkeit sei. Es sei allgemein an der Zeit, mit dem konzentrischen Angriff gegen die in den Großstädten und Industriezentren zusammengeballte Arbeitslosigkeit zu beginnen. Als erster klarster Angriffspunkt wurde festgestellt, daß in viel stärkerem Maße und viel systematischer als bisher gegen die Schwarzarbeit vorgegangen werden müsse. Schwarzarbeit sei in Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit das Volksganze gefährde, Volksverrat. Zum anderen werde geprüft werden müssen, wie weit Arbeitslose aus Berlin in den angrenzenden Provinzen als Landhelfer mit dem Ziel der späteren Ansiedlung untergebracht werden könnten. Zugleich würden Maßnahmen erwogen, inwieweit der Zuzug in die Großstädte zu unterbinden sei. Weiterhin werde sich die praktische Arbeit darauf erstrecken müssen, Untersuchungen anzustellen, inwieweit die Rückführung der Frauen und Mädchen in ihre natürlichen Berufe falsch besetzte Arbeitsplätze für Familienväter freimachen könne. Das sei naturgemäß nicht so zu verstehen, daß die Arbeitsbeschaffung auf Kosten der Frau gehen dürfe. In allen Fällen würden Arbeitsplätze für Facharbeiter und für Familienväter durch planvolle Erziehungs- und Umschulungsmaßnahmen weiblicher Arbeitskräfte für die Hauswirtschaft gewonnen werden müssen. Dabei müsse erwartet werden, daß jeder finanziell Bessergestellte sich die Einstellung von weiblichen Arbeitskräften in seinen Haushalt zur Pflicht mache. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Dr. von Kenteln hat gleichzeitig in einem Rundschreiben den Industrie- und Handelskammern Mitteilungen über die seitens der Regierungsstellen von ihnen erwartete maßgebliche Beteiligung an der Durchführung der Arbeitsschlacht gemacht. Die Kammern sollten in engster Zusammenarbeit mit den übrigen an der Arbeitsbeschaffung unmittelbar interessierten Stellen die Möglichkeiten aufzeigen, wo, sei es durch öffentliche Arbeitsbeschaffung, sei es durch Maßnahmen der organischen Wirtschaftspolitik (Steuersenkungen, Kreditmaßnahmen usw.) sowie durch Steigerung der privaten Initiative die Beschäftigungsgelegenheiten vermehrt werden können. Gerade auf die tatkräftige Unterstützung durch sämtliche Wirtschaftskreise legt die Regierung den größten Wert, so daß also das Hauptaugenmerk den Maßnahmen zuzuwenden sei, die einer Steigerung der Arbeitsbeschäftigung durch persönliche Unternehmungsfreudigkeit dienen sollten. Die Reichsregierung geht ihrerseits mit weiteren großen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen voran. Aber sie erwartet, wie es ihrem Programm von Anfang an entspricht, ein ebenso tatkräftiges Mitgehen der Privatwirtschaft. Mit dem Gesetz über den organischen Aufbau der Wirtschaft hat sie sich den Rahmen für die führende Einflußnahme auf die Unternehmerschaft geschaffen. Sie arbeitet aber auch daran, durch Entlastung der Wirtschaft die Ertragslage zu bessern. Dazu äußerte sich Anfang März u. a. der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Reinhardt dem Berliner Vertreter des »Hamburger

Fremdenblattes« gegenüber. Bei seinen Ausführungen zu Fragen der allgemeinen Steuerpolitik kam dabei die Notwendigkeit zum Ausdruck, die Wirtschaft durch Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung auch weiterhin zu beleben; besonders beschäftigte den Staatssekretär die Hebung der Kaufkraft der ärmeren Bevölkerungsschichten. Die Spanne zwischen Brutto- und Nettolohn erscheine gegenwärtig aus verschiedenen Gründen zu hoch. Dazu trügen nicht nur die staatlichen Abgaben bei, sondern vielfach auch die hohen Pflichtbeiträge für Organisationen, für deren Verringerung er sich bereits mit Nachdruck eingesetzt habe. Das Reich werde mit gutem Beispiel vorangehen. Die Abgaben für Arbeitslosenhilfe erbrächten im laufenden Rechnungsjahr rund 525 Millionen Mark. Er beabsichtige nun, die Abgaben mit Wirkung ab 1. April um rund 285 Millionen Mark zu senken. Vom 1. April ab wolle er alle Einkommen von nicht mehr als 200 Mark monatlich völlig frei von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe gestalten. Für die in Betracht kommenden Schichten ergebe das eine Ersparnis und dementsprechende Kaufkraftsteigerung von insgesamt 225 Millionen. Die Einkommen von 200 bis 300 Mark monatlich sollten um 35 Millionen Mark weniger und die Einkommensstufen von mehr als 300 Mark monatlich um 25 Millionen weniger als bisher an Abgabe zur Arbeitslosenhilfe aufbringen. Im übrigen komme die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit am 1. April ebenfalls in Fortfall. Dazu rechne man, was wenige Tage später Reichswirtschaftsminister Schmitt den Berliner Haus- und Grundbesitzern sagte: »Wenn wir das Heer unserer Arbeitslosen immer weiter verringern können und damit die Konsumkraft des Volkes steigern, wird die Zahl der Menschen, die sich eine Wohnung, einen Laden, ein Büro mieten können, zunehmen. Mit der steigenden Konsumkraft wachsen die Steuereinnahmen, und wenn der Staat und alle die Stellen, seien sie öffentlich oder privat, die das Arbeitseinkommen des Volkes durch Beiträge und Abgaben belasten, die größte Sparsamkeit walten lassen, so werden die Lasten, die auf dem Arbeitseinkommen des deutschen Menschen liegen, sinken, es wird eine neue Kaufkraft und eine neue Besserung der ganzen wirtschaftlichen Lage gesichert sein. Damit wird sich auch neues Kapital bilden, wie wir das schon jetzt an dem erfreulichen Bild unseres Kapitalmarktes, vor allen Dingen der Entwicklung der Sparkassen, sehen. Gewiß wird unser heutiger Staat in Zukunft die Kapitalleitung beaufsichtigen, aber gerade deshalb gelangen wir zu billigeren Zinssätzen nicht im Kampf mit dem Kapital, sondern durch die Ordnung, Pflege und Rechtsicherheit unseres Kapitalmarktes.«

Der Ausgangspunkt für den Anlauf zur neuen Offensive gegen die Arbeitslosigkeit ist nach den vorliegenden Berichten zur Konjunkturlage nicht ungünstig. Während im Monat Januar unter dem Einfluß der winterlichen Witterung und der jahreszeitlich bedingten Stille die Geschäftslage ein ruhigeres Bild bot, läßt der Februar, wie die Berichte der deutschen Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Wirtschaftsverbände ergeben, weitere Anzeichen eines wesentlichen Anziehens der Gesamtwirtschaft erkennen. Die Vorbestellungen für das Frühjahrsgeschäft haben sich weiterhin gut ausgewirkt. Dafür sprechen auch die Berichte über die Ergebnisse der Leipziger Frühjahrsmesse. Der Geldmarkt war nach den Handelskammerberichten während des ganzen Monats Februar flüssig. Die mäßige Ultimobeauftragung des Januar war schon nach wenigen Tagen überwunden. Erst der Medio brachte vorübergehend eine leichte Versteifung. Stets war rege Nachfrage nach erstklassigen Anlagen vorhanden, insbesondere war der Absatz von Reichsschatzanweisungen wieder sehr lebhaft und ließ nur während des Mediotermins etwas nach. Die Auslegung der 4½prozentigen Preussischen Schatzanweisungen hat eine starke Überzeichnung erfahren. Zu ähnlichen Bedingungen werden neue 4½prozentige Postschätze aufgelegt. Auf dem Wege der natürlichen organischen Zinssenkung ist somit wiederum ein wesentliches Stück zurückgelegt. Die seit Ende Januar herrschende Börsentendenz des festen Aktienmarktes und des zurückhaltenden, zeitweise langsam abbröckelnden Rentenmarktes hat unter geringen Schwankungen den ganzen Februar angehalten. Das starke Interesse, das in den letzten Januartagen den Aktienmarkt kräftig belebte, hatte — wir zitieren